

Rückkehr nach Syrien: Zwischen Hoffnung, Not und ungewisser Zukunft

Osman Bahadır Dincer und Zeynep Şahin-Mencütek

Beinahe fünfzehn Jahre nach Ausbruch des Syrienkonflikts hat die Frage der Rückkehr von syrischen Geflüchteten in Europa und im Nahen Osten durch den Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 wieder hohe politische Aufmerksamkeit erlangt. Die anfängliche Zuversicht, die auf den Zusammenbruch des Assad-Regimes folgte, ist jedoch weitestgehend geschwunden. Und die Rückkehrbewegungen – sowohl von syrischen Geflüchteten aus dem Ausland als auch von Binnenvertriebenen innerhalb Syriens – haben deutlich abgenommen. Um zu verstehen, warum der anfängliche Optimismus verblasste und welche Faktoren derzeit die Rückkehr beeinflussen oder behindern, ist es entscheidend, die Perspektive der Betroffenen selbst in den Blick zu nehmen und zu verstehen.

Die aktuellen Bedingungen in Syrien lassen keine groß angelegte, freiwillige und nachhaltige Rückkehr – weder von Geflüchteten noch von Binnenvertriebenen – an ihre Herkunftsorte zu. Denn trotz des Endes der Unterdrückung durch das Assad-Regime ist die Sicherheitslage sehr fragil. Außerdem fehlt es an Vertrauen in die neue Regierung sowie an Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Entscheidungen zur Rückkehr werden eher aufgrund sich verschlechternder Bedingungen in den Aufnahmeländern getroffen als durch bedeutende Verbesserungen innerhalb Syriens beeinflusst – so die zentrale Erkenntnis unserer Forschung, die im Rahmen des Projekts RE-MIG (Return and Belonging after Conflict-Induced Displacement) des bicc (Bonn International Centre for Conflict Studies) durchgeführt wurde.

In drei Erhebungsphasen, die sowohl das Ende der Assad-Ära als auch den Übergang zu einer neuen politischen Ordnung berücksichtigten, erfasste unsere Studie sowohl Kontinuitäten als auch den Wandel der Rückkehrperspektiven von syrischen Geflüchteten. Zwischen Februar und April 2024 wurden 87 Interviews mit Rückkehrer:innen sowohl in den vom Regime gehaltenen als auch in den kurdisch verwalteten sowie in den von der Opposition (unter dem Einfluss der Türkei) kontrollierten Gebieten Syriens – mit Ausnahme von Idlib – durchgeführt. Hierbei zeigte sich, dass die ersten Erfahrungen von Rückkehrenden von Unsicherheit, wirtschaftlicher Not und Unterdrückung geprägt waren. Eine zweite Datenerhebung anhand von

weiteren 50 Interviews, die von Dezember 2024 bis April 2025 in vielen Teilen Syriens – mit Ausnahme der kurdisch kontrollierten Regionen – durchgeführt wurde, erfasste die Dynamik des politischen Umbruchs nach Assad.¹ Der anfängliche Optimismus hinsichtlich eines Neuanfangs unter den Rückkehrer:innen (international und innerhalb Syriens), wurde schnell von der anhaltenden Unsicherheit, der schlechten Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen, wie Bildung und Gesundheitsversorgung, und Misstrauen gegenüber den neuen Behörden überschattet. In einer dritten Erhebungsphase folgten zwischen Juli und August 2025 weitere 34 Interviews und eine Fokusgruppendifkussion mit 15 Frauen in der Türkei (Şanlıurfa, Mardin und İzmir). Die Forschung bot hier Einblicke in die Wahrnehmung von Rückkehrperspektiven von ins Ausland geflohenen Syrer:innen, die Hindernisse für eine Rückkehr und die Rolle der Entwicklungen sowohl in Syrien selbst als auch in der Türkei, dem wichtigsten Aufnahmeland syrischer Geflüchteter. Auf der Grundlage der im Rahmen der Studie geführten Interviews erläutern wir im Folgenden Beweggründe für oder gegen eine Rückkehr sowie Vorstellungen, die Syrer:innen zum Thema Rückkehr haben.

Hoffnungen auf Rückkehr nach Syrien und die Wirklichkeit

In den beiden Phasen der Datenerhebung in Syrien – vor und nach dem Sturz des Assad-Regimes – zeigt sich folgendes Muster: Rückkehr bedeutet nicht das Ende der Flucht, sondern vielmehr eine Kontinuität der Unsicherheit. Unabhängig davon, ob sie unter Assads Herrschaft oder in den ersten Monaten des Übergangs zurückkehrten, sahen sich Syrer:innen mit Gewalt, wirtschaftlicher Not und institutioneller Instabilität konfrontiert, die sie einst zur Flucht gezwungen hatten.

Die im Frühjahr 2024 durchgeführten Interviews verdeutlichen, unter welchen prekären Bedingungen Rückkehr während des Assad-Regimes stattfand. Viele waren nicht deshalb zurückgekehrt, weil Syrien sicherer geworden war, sondern weil ihr Leben im Exil unerträglich war. So berichteten Rückkehrer:innen vielfach von Unsicherheit, wirtschaftlicher Not oder Diskriminierung in den Aufnahmелändern wie der Türkei, dem Libanon und Jordanien. Ein männlicher Rückkehrer sagte: »Weil man Syrer ist, wird man diskriminiert« (Interview, Afrin, 17. Februar 2024). In Syrien angekommen, waren Syrer:innen einer strengen Überwachung sowie bürokratischen Schikanen und einem allgegenwärtigen Misstrauen ausgesetzt. Ihre Bewegungsfreiheit erwies sich als beschränkt, es fehlte vielfach an grundlegenden Dienstleistungen und Eigentumsrechte blieben umstritten. Eine befragte Person

1 Die Auswahl der Forschungsorte wurden in erster Linie von Sicherheitserwägungen bestimmt.

sagte: »Die, die die Situation kontrollieren, kümmern sich nur um ihre eigene Klientel« (Interview, Al-bab, 6. Februar 2024).

Die nach dem Sturz Assads im Dezember 2024 geführten Interviews mit fünfzig gerade zurückgekehrten Syrer:innen, überwiegend aus den Nachbarländern, spiegeln vorsichtigen Optimismus wider, weisen jedoch auch auf die Kontinuität struktureller Herausforderungen hin, etwa in Bezug auf lokale Macht- und Verwaltungsstrukturen. Viele begründeten ihre Rückkehr mit ihrer Wahrnehmung »einer verbesserten Sicherheitslage am Herkunftsort, dem Wunsch, einen eigenen Beitrag zur Unterstützung der Bevölkerung und zum Wiederaufbau des Landes zu leisten« (Interview, Homs, 20. Februar 2025) sowie der Überzeugung, dass die Revolution ihre grundlegenden Ziele erreicht hat (Interview, Idlib, 1. März 2025). Während die Angst vor staatlicher Repression nachließ, bestimmten weit verbreitete Unsicherheit, fragmentierte staatliche Strukturen und der Zusammenbruch der öffentlichen Versorgung weiterhin den Alltag. Die anfängliche Euphorie nach dem Sturz des Regimes verflog rasch und wich der Erkenntnis, dass der politische Wandel zwar neue Akteure an die Macht gebracht hatte, die grundlegenden Strukturen jedoch weitgehend fortbestanden und weiter zur Instabilität beitrugen. Viele Befragte beschrieben ihre Umgebung als »freier, aber nicht sicherer« – ein Hinweis auf die Verschiebung von politischer Unterdrückung hin zu diffusen Unsicherheiten, die wirtschaftliche Prekarität ebenso umfassen wie fehlende institutionelle Verlässlichkeit, soziale Fragmentierung und begrenzten Schutz im Alltag.

Erkenntnisse aus beiden Forschungsphasen unterstreichen zudem, dass Vertrauen die knappste gesellschaftliche Ressource in Syrien nach Assad bleibt. Unabhängig von der Region gaben die meisten Befragten an, sich von keiner Institution vertreten oder geschützt zu fühlen. Lokale Machthaber galten, insbesondere vor dem Sturz Assads, häufig als korrupt oder eigennützig.

Rückkehrer:innen berichteten in einigen Regionen von willkürlichen Abgaben, Einschüchterungen und selektiver Verteilung humanitärer Hilfe; in anderen erlebten sie offene Diskriminierung aufgrund politischer Zugehörigkeit, ethnischer Marker oder Religion. Gleichzeitig bleiben emotionale und soziale Bindungen auf familiärer und lokaler Ebene stark – selbst dort, wo institutionelles Vertrauen weitgehend erodiert ist. Viele Befragte verstanden ihre Rückkehr als Ausdruck von Loyalität gegenüber Familie und Gemeinschaft – als moralische Verpflichtung zum Wiederaufbau, trotz äußerst widriger Umstände, Angst und Zweifel. Zahlreiche Gesprächspartner:innen zogen eine erneute Migration in Betracht, sollten sich Unsicherheit oder wirtschaftliche Not verschärfen, was zeigt, dass Rückkehr leicht in erneute Flucht umschlagen kann.

Umbrüche und Herausforderungen beim Wiederaufbau nach dem Fall des Assad-Regimes

Der Sturz des Regimes von Bashar al-Assad war ein historischer Moment, der nach mehr als einem Jahrzehnt des Konflikts den Weg für den Wiederaufbau Syriens ebnen könnte. Die fünfzig Tiefeninterviews, die zwischen Dezember 2024 und April 2025 durchgeführt wurden, zeichnen jedoch ein weitaus komplexeres Bild. In Regionen wie Aleppo, Homs, Daraa, Idlib und Sweida beschrieben die Befragten äußerst fragmentierte Governance-Strukturen. Laut einem Befragten, gingen viele Syrer:innen davon aus, dass die Regierung Partikularinteressen bediene und dass kein Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz bestehe: »Der derzeitigen Regierung mangelt es an voller Verantwortung und politischer Kompetenz« (Interview, Swaida, 2. März 2025). Lokale Räte, ehemalige Oppositionsgruppen und neu gebildete Verwaltungsorgane haben das Vakuum gefüllt, das das Regime hinterlassen hat, aber ihre Kapazitäten, Ressourcen und Legitimität reichen nicht aus, um effektiv zu regieren. Ihre Autorität beruht häufig auf informellen Netzwerken oder externer Unterstützung und nicht auf klaren rechtlichen Rahmenbedingungen. Viele Bürger:innen müssen sich nun in einer inkonsistenten politischen Ordnung zurechtfinden, in der sich die Spielregeln ständig ändern. Wie eine Rückkehrer:in schildert, bleibt staatliches Handeln für viele kaum nachvollziehbar und fragmentiert: »Die derzeitige Regierung arbeitet mit Unterstützung internationaler Organisationen, aber die Maßnahmen reichen nicht aus« (Interview, Homs, 10. März 2025).

Das Vertrauen in die neuen Institutionen bleibt alarmierend niedrig. Nur etwa ein Viertel (24 Prozent) der Befragten äußerte volles Vertrauen in die Übergangsregierung, während ein ebenso großer Anteil angab, gar kein Vertrauen zu haben. Selbst unter der sunnitischen Bevölkerung, die von der politischen Neuordnung profitieren sollte, gaben 42 Prozent an, sich politisch nicht vertreten zu fühlen. Häufig wiesen die Befragten darauf hin, dass die Revolution zwar die Gesichter an der Macht verändert habe, die zugrundeliegenden Machtstrukturen jedoch weitgehend intakt geblieben seien. Die Besetzung öffentlicher Ämter sowie der Zugang zu staatlichen Leistungen hingen weiterhin von der ideologischen Ausrichtung, persönlichen Beziehungen oder Verbindungen zu bewaffneten Gruppen ab – Muster, die die klientelistischen Praktiken des vorherigen Regimes fortschreiben.

Dieses Gefühl fehlender Transformation hat tiefgreifende wirtschaftliche Folgen. Fast 84 Prozent der Befragten gaben an, dass ihre aktuelle wirtschaftliche Situation schlechter sei als vor ihrer Flucht, und 60 Prozent äußerten Unzufriedenheit mit dem sozialen Umfeld in ihren Gemeinden. Weiterhin fühlte sich die Hälfte aller Befragten (48 Prozent) nicht sicher. Viele leben in teilweise zerstörten Häusern oder in überfüllten Wohnungen mit ihren Verwandten, da sie keine Arbeit finden und ihren Lebensunterhalt nicht sichern können. Zahlreiche Befragte sind auf Überwei-

sungen von Familienangehörigen aus dem Ausland oder auf humanitäre Hilfe, die zunehmend schwindet, angewiesen – nur um zu überleben.

Ergebnisse der Feldforschung zeigen zudem große regionale Unterschiede zwischen Stadt und Land beim Wiederaufbau. Während in Teilen von Damaskus, Aleppo und Hama vereinzelt Infrastrukturmaßnahmen stattfinden, sind die ländlichen Gebiete davon weitgehend ausgenommen. Wasser- und Stromnetze außerhalb der Großstädte sind nach wie vor unzuverlässig oder funktionsunfähig, und die Verkehrswege, die ländliche Gemeinden mit den städtischen Zentren verbinden, sind stark beschädigt. Dieser ungleiche Wiederaufbau verschärft die Ungleichheit zwischen den Regionen, schürt die Frustration unter den Rückkehrer:innen, die sich im Stich gelassen fühlen, und führt unter Umständen zu erneuter Binnenvertreibung. Die Interviews verdeutlichen zudem einen subtileren, aber ebenso schädlichen Prozess der ideologischen und konfessionellen Konsolidierung. Selbst innerhalb der sunnitischen Mehrheitsgesellschaft äußerten viele Befragte Unbehagen über den wachsenden Einfluss radikaler Gruppen in bestimmten Regionen sowie über die Schwächung pluralistischer oder säkularer Strömungen. Fast die Hälfte der Befragten gab an, dass ihrer Wahrnehmung nach bei der Vergabe öffentlicher Ämter inzwischen ideologische Nähe oder religiöse Zugehörigkeit stärker gewichtet würden als Leistung und Kompetenz.

Auf die Frage, was eine nachhaltige Rückkehr ermöglichen würde, nannten die Befragten übereinstimmend Wiederaufbau und Gerechtigkeit als unverzichtbar. Ihre Prioritäten lagen klar auf Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Stromversorgung. Sie betonten jedoch, dass der Wiederaufbau der Infrastruktur allein nicht ausreiche. Institutionelle Reformen, die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen sowie transparente Regierungsprozesse seien notwendig, um erneute Repression zu verhindern. Fehlende Rechtstaatlichkeit, so warnten sie, untergrabe das soziale Vertrauen und ließen Wiederaufbaubemühungen ins Leere laufen.

Insgesamt beschreiben die Interviews nach dem Sturz Assads einen Übergang, der politisch ungewiss, wirtschaftlich fragil und sozial fragmentiert bleibt. Der Sturz des autoritären Regimes hat bislang kein kohärentes oder inklusives politisches System hervorgebracht, das die Rechte der Bürger:innen schützt und ihre Grundbedürfnisse sichert.

Erkenntnisse aus der Türkei: Emotionen, Rückkehrhindernisse und sich wandelnde Zugehörigkeit

Die dritte Forschungsphase, zwischen Juli und August 2025 in der Türkei, liefert wichtige Erkenntnisse darüber, wie syrische Geflüchtete im Ausland die Aussichten für eine Rückkehr in der Zeit nach Assad einschätzen. Nach einer anfänglichen

weit verbreiteten Zuversicht unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Regimes zeigte sich rasch ein deutlicher Rückgang der Rückkehrbereitschaft.

Laut UNHCR waren bis Mitte 2025 lediglich etwa sechs bis sieben Prozent der sich in Nachbarländern aufhaltenden syrischen Geflüchteten zurückgekehrt.² Unter den im Rahmen der bicc-Studie in der Türkei befragten Geflüchteten gab die überwiegende Mehrheit an, keine konkreten Pläne für eine Rückkehr in naher Zukunft zu haben. Als wesentliche Hemmnisse nannten sie schlechte Lebensbedingungen, fehlende Existenzgrundlagen sowie anhaltende Unsicherheit und das Risiko erneuter Instabilität. Strukturelle Hindernisse beeinflussen die Rückkehrentscheidungen weiterhin maßgeblich. Besonders die fortdauernde Unsicherheit – einschließlich der Angst vor Entführungen und möglichen Gewaltausbrüchen – wirkt abschreckend. Selbst in Gebieten unter Regierungskontrolle werden Strafverfolgung und öffentliche Ordnung als schwach wahrgenommen. Hinzu kommt die weit verbreitete Zerstörung von Wohnraum und das Fehlen erschwinglicher Wiederaufbaumöglichkeiten, die es für die meisten Familien nahezu unmöglich machen, wieder ein stabiles Leben zu führen. Diese Herausforderungen werden durch schwere wirtschaftliche Not und Arbeitslosigkeit zusätzlich verschärft. Und schließlich sind die finanziellen Kosten der Rückkehr für viele Familien beträchtlich.

Auch bildungs- und generationsspezifische Aspekte spielten eine wichtige Rolle. Eltern äußerten die Sorge, dass ihre Kinder, die überwiegend während ihres Aufenthalts in der Türkei eingeschult worden waren, nicht über die erforderlichen Sprachkenntnisse verfügten, um sich wieder in das syrische Bildungssystem zu integrieren. Darüber hinaus haben sich die Gesundheits- und Bildungsversorgung in Syrien derart verschlechtert, dass Eltern um das Wohlergehen und die Zukunftsaussichten ihrer Kinder bangen. Viele junge Syrer:innen berichteten, sich stärker mit der Türkei als mit Syrien verbunden zu fühlen. Besonders ausgeprägt waren dabei geschlechtsspezifische Bedenken: Frauen äußerten die Befürchtung, soziale Freiheiten und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verlieren, die sie während ihrer Jahre in der Türkei erworben haben. Alleinerziehende Mütter und geschiedene Frauen betrachteten eine Rückkehr als unsicher und verwiesen auf fehlende Sozialsysteme und den begrenzten Zugang zu Beschäftigung.

Interessanterweise zeigte die Feldforschung in der Türkei auch neue Formen transnationalen Engagements auf. Einige Geflüchtete und Fachkräfte aus der Diaspora – insbesondere aus den Bereichen Gesundheitswesen und Bildung sowie aus kleineren Unternehmen – begannen, durch kurze Besuche, die Aufnahme einer Geschäftstätigkeit, den Transfer von Fachwissen oder virtuelle Zusammenarbeit mit Menschen in Syrien zum Wiederaufbau beizutragen.

2 UNHCR, Mid-year Trends 2025, S. 8.

Beispiele hierfür sind syrische Ärzt:innen, humanitäre Helfer:innen oder Pädagog:innen, die sich an Partnerschaften oder Projekten beteiligten, sowie Unternehmer:innen, die Firmen in Damaskus gründeten. Diese Aktivitäten deuten darauf hin, dass viele Syrer:innen eher zirkuläre Mobilität als dauerhafte Rückkehr anstreben. Insgesamt bestätigt die Feldforschung, dass der Wunsch nach Rückkehr nach wie vor stark ist, aufgrund der Umstände in Syrien jedoch unrealistisch bleibt. Für die meisten syrischen Geflüchteten ist die Rückkehr weiterhin eher langfristiges Ziel als unmittelbarer Plan.³

Auswirkungen auf Deutschland: Hin zu einer rechtbasierten und sachkundigen Politik

Deutschland, das fast eine Million Syrer:innen aufgenommen hat, spielt eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung europäischer und internationaler Politikansätze zum Schutz von Geflüchteten und zum Wiederaufbau Syriens. Die Ergebnisse unserer Forschung liefern politischen Entscheidungsträger:innen klare Leitlinien für den Umgang mit syrischen Rückkehrenden.

Zunächst ist bei jeder Diskussion über die Rückkehr zu berücksichtigen, dass Syrien für groß angelegte Rückkehrprogramme nach wie vor zu unsicher ist. Der politische Wandel hat noch nicht die Voraussetzungen für eine freiwillige, nachhaltige und würdevolle Rückkehr im Sinne von Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und existenzieller Absicherung geschaffen. Eine verfrühte Rückkehr – sei es durch Anreize oder indirekten Zwang – birgt die Gefahr erneuter Flucht und Instabilität.

Zweitens bilden der Beginn des Wiederaufbaus und die Etablierung einer unabhängigen Justiz Voraussetzungen für die Rückkehr. Internationale Hilfe sollte an messbare Fortschritte in den Bereichen Regierungsführung, Rechenschaftspflicht und Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen geknüpft sein. Der physische Wiederaufbau allein kann weder Sicherheit noch Versöhnung gewährleisten.

Drittens sollte Deutschland weiterhin die Integration und den Schutz syrischer Flüchtlinge in verschiedenen Aufnahmeländern, einschließlich Deutschlands selbst, unterstützen. Die Integrationsfortschritte, die Syrer:innen hier erzielt haben – Bildung, Beschäftigung und Sprachkenntnisse – stellen sowohl für die Ankunfts- als auch für die Herkunftsgesellschaft eine bedeutende Ressource für die Zukunft dar. Maßnahmen, die vorübergehende Besuche in Syrien ermöglichen, ohne den Aufenthaltsstatus zu gefährden, können Geflüchteten helfen, informierte Entscheidungen über ihre Zukunft zu treffen.

3 Dincer/Şahin-Mencütek, Refugee Return, Reintegration, and Citizenship Practices in Post-conflict Syria.

Viertens sind die syrische Diaspora und die Zivilgesellschaft unverzichtbare Partnerinnen beim Wiederaufbau. Eine langfristige Finanzierung von Projekten unter Federführung der Diaspora, berufliche Ausbildung und fachlicher Austausch können die Lücke zwischen humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklung schließen. Die laufenden Krankenhauspartnerschaften Deutschlands zeigen das Potenzial solcher Kooperationsmodelle.

Schließlich ist eine evidenzbasierte Politikgestaltung unerlässlich. Regelmäßiges Monitoring vor Ort durch unabhängige Forscher:innen, lokale NGOs und UN-Organisationen sollten in alle politischen Entscheidungen einfließen. Politische Maßnahmen, die von den Realitäten vor Ort losgelöst sind, bergen die Gefahr, sowohl humanitäre Grundsätze als auch die langfristige Stabilität zu untergraben.

Schlussfolgerung

Die Ergebnisse des RE-MIG-Projekts verdeutlichen eine beständige und ernüchternde Realität: Die Rückkehr nach Syrien bleibt eher ein Wunsch als ein realistisches Ziel oder eine dauerhafte Lösung. In fast 170 Interviews, die vor und nach dem Sturz Assads sowohl in Syrien als auch in der Türkei geführt wurden, äußerten geflüchtete Syrer:innen einen gemeinsamen Wunsch – nach Hause zurückzukehren. Dieser ist nach wie vor stark, doch die Mittel und Bedingungen dafür, sicher und dauerhaft zurückzukehren, sind (noch) nicht gegeben.

Diejenigen, die zur Rückkehr bereit und in der Lage waren, taten dies in den ersten Monaten nach dem Sturz des Regimes, während nun die Mehrheit – sowohl der Geflüchteten als auch der Binnenvertriebenen – die Rückkehr als fernes Ziel betrachtet: Rückkehrüberlegungen bilden eine emotionale und symbolische Verbindung zur Heimat ab, nicht aber eine realistische Perspektive für die nahe Zukunft. Für Deutschland und seine Partner ergeben sich daraus klare Handlungsableitungen. Die Politik muss einen Beitrag dazu leisten, Bedingungen zu schaffen, die eine freiwillige Rückkehr in Zukunft ermöglichen – hierzu zählen Sicherheit, Gerechtigkeit und Chancen.

Die Interviews verdeutlichen zudem die Resilienz und Handlungsfähigkeit von Syrer:innen. Viele Geflüchtete tragen aus dem Ausland zum Wiederaufbau bei – sei es durch Rücküberweisungen, Engagement in zivilgesellschaftlichen Initiativen oder das Einbringen von Fachwissen in transnationale Netzwerke. Diese Bemühungen unterstreichen, dass es beim Wiederaufbau nicht nur um die Wiederherstellung der Infrastruktur geht, sondern auch um Vertrauen, Rechte und sozialen Zusammenhalt.

Letztlich muss jede Diskussion über Rückkehr auf einer realistischen Einschätzung und humanitären Prinzipien beruhen: Eine verfrühte oder erzwungene Rückkehr birgt das Risiko erneuter Instabilität, während die Stärkung der Diaspora und

der zivilgesellschaftlichen Akteure die Grundlage für einen künftige Aufschwung schaffen kann. Die Zukunft Syriens – und die Möglichkeit einer nachhaltigen Rückkehr – hängt weniger vom Sturz eines Regimes ab als vom Wiederaufbau eines Staates, der in der Lage ist, seine Bürger:innen zu schützen. Solange diese Transformation noch aussteht, kann eine erfolgreiche Rückkehr nicht allein am Ausmaß transnationaler Rückkehrmobilität gemessen werden, sondern an der schrittweisen Wiederherstellung von Sicherheit, Würde und Vertrauen.

Literatur

- Dincer, Osman Bahadır/Şahin-Mencütek, Zeynep: Refugee Return, Reintegration, and Citizenship Practices in Post-conflict Syria, in: *International Migration*, 63. 2025, <https://doi.org/10.1111/imig.13379>
- UNHCR: Mid-Year Trends 2025, <https://www.unhcr.org/mid-year-trends> (5.12. 2025).